

Großbundenbach sauer auf Kleinbundenbach

GROSSBUNDENBACH: Nachbar zahlt höchstens 125 000 Euro für Kindergartenausbau

VON ANDREAS DANNER

Zwischen Groß- und Kleinbundenbachern hat es wegen der Kindergartenerweiterung kleinere atmosphärische Störungen gegeben. Grund war die Zweckvereinbarung zum Kindergarten. „Wir haben lange zusammengesessen und hart diskutiert“, sagte Großbundenbachs Bürgermeister Dieter Glahn am Mittwochabend im Gemeinderat. Dass die Kleinbundenbacher darauf bestanden, dass ihre Kosten auf 125 000 Euro begrenzt werden, hatte die Verstimmung ausgelöst.

Die Kleinbundenbacher setzten durch, dass sie maximal 125 000 Euro für die Erweiterung des Kindergartens bezahlen. Sollte der Anbau teurer werden als die hoch geschätzten 500 000 Euro, müsste Großbundenbach die darüber hinaus gehenden Kosten alleine tragen. Dass die Kleinbundenbacher das so durchdrückten, stieß einigen Großbundenbachern doch sauer auf. Frank Greinert, Elke Christoffel und Anja Klein lehnten unter anderem deshalb die Zweckvereinbarung ab. „Mir ist das Risiko zu groß“, sagte Greinert, „bislang ist noch keine Kostenrechnung so aufgegangen, wie sie auf dem Papier stand.“ Christoffel äußerte ihr Unverständnis darüber, „dass ein Partner sagt, ich schaff mich auf die sichere Seite“, und das Risiko auf den anderen abwälze. Klein hatte schon länger Bedenken, dass die Kindergartenerweiterung die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde übersteigt. Sie räumte aber ein, „wir brauchen den Kindergarten und die Erweiterung“.

Mit den sechs Ja-Stimmen der restlichen Ratsmitglieder und von Bürgermeister Dieter Glahn nahm der Rat die Zweckvereinbarung an. Vor Beginn der Sitzung hatte Kleinbundenbachs Bürgermeister Karl Bißbort mit dem Großbundenbacher Rat die beiden letzten strittigen Punkte geklärt. „Ich bin froh, dass wir eine einvernehmliche Lösung gefunden haben, das ist sehr wichtig für den Kindergarten“, bemerkte Günter Köhler. „Was mir nicht so gefallen hat, dass man das von der einen Seite deckeln muss. Da hätte ich mir mehr Kooperation erwartet“, ergänzte er. Der erste Beigeordnete Großbundenbachs, Wolfgang Rapp, war froh, „dass wir die Möglichkeit zur Erweiterung geschaffen haben“. Er sah die Risiken „gut verteilt“. Agathe Wieder-Hoffmann, die zweite Beigeordnete, betonte, „wir brauchen den Kindergarten, das ist eine soziale Aufgabe, das kostet Geld“. Mit Blick auf die Finanzsituation der Gemeinde ergänzte sie: „Wir müssen uns einschränken für den guten Zweck.“

Die Zweckvereinbarung regelt, wie die Betriebs- und Betreuungskosten des Kindergartens und wie die Investitionskosten zwischen den beiden Gemeinden aufgeteilt werden. In Bezug auf die Erweiterung, die mit Kosten von 500 000 Euro kalkuliert ist, werden 250 000 Euro von Land und Kreis beigesteuert, 250 000 Euro teilen sich die beiden Gemeinden. Wird der Anbau teurer als die 500 000 Euro, muss Großbundenbach alleine dafür aufkommen.

In der Kalkulation, die der Zweckvereinbarung zugrunde lag, wurden die Baukosten grob auf 425 000 Euro geschätzt, die zu erwartenden Ge-

samtkosten mit 500 000 Euro angegeben. Architekt Josef Obermeier hat Anfang der Woche die Baukosten berechnet und kommt auf eine Summe von 394 000 Euro. Darin enthalten sei ein finanzieller Spielraum von 20 000 Euro, sagte er im Gemeinderat. Er stellte kurz die Planung vor, die eine Aufstockung des Anbaus von 1993 vorsieht. Zwei Probleme seien in der Planungsphase aufgetreten: Das vorgesehene Flachdach sei nicht genehmigungsfähig gewesen, das jetzt geplante Satteldach sei schwieriger an das alte Gebäude anzubinden. Zudem habe sich herausgestellt, dass der alte Anbau über keine massive Decke verfüge. Die müsse jetzt eingebaut werden, was mit einem erheblichen Mehraufwand verbunden sei.

Im Anbau sollen ein Bewegungs- und ein Gruppenraum entstehen, im Zuge der Arbeiten werden der Sanitärbereich erneuert und ein Schlafraum eingerichtet. Die erst vor kurzem angebaute Fluchttreppe kann nach der Erweiterung des Kindergartens weiter genutzt werden. Einstimmig beschloss der Gemeinderat die vorgelegte Planungsvariante und beauftragte den Architekten Obermeier sowie den Statiker Wilfried Heller mit der weiteren Planung.

Bevor das Bauvorhaben ins Genehmigungsverfahren geht, muss der Gemeinderat Kleinbundenbach noch der Zweckvereinbarung zustimmen. Diese muss dann von der Kreisverwaltung genehmigt und im Amtsblatt veröffentlicht werden. Außerdem muss der Nachbar des Kindergartens der Planung noch schriftlich zustimmen, mündlich habe er dies bereits getan, sagte Glahn.